

Aus vorliegenden Hinweisen ist ersichtlich, daß auch maßgebende Kreise der Bonner Regierung und der westdeutschen Konzerne in der letzten Zeit die Abwerbung forcieren, mit dem Ziel, die wirtschaftliche und politische Entwicklung der DDR zu stören.

Dieses Bestreben wird begünstigt durch die gegenwärtige Hochkonjunktur, die dazu führte, daß der westdeutsche Arbeitsmarkt fast völlig erschöpft ist und sich in bestimmten Berufsweigen ein akuter Arbeitskräftemangel besonders bei Facharbeitern bemerkbar macht, der durch verstärkte Abwerbungen aus der DDR beseitigt werden soll.

Im Januar 1960 befaßte sich die "Hauptarbeitsgruppe Soziale Leistungen" im Lemmer-Ministerium mit Maßnahmen, die die Abwerbung und Organisierung der Republikflucht erleichtern sollen. Diese Arbeitsgruppe stellte fest, daß viele Bürger der DDR, vor allem Ältere, das Verlassen der Republik ablehnen, da ihnen die für die Sozialversicherung in der DDR gezahlten Beträge in Westdeutschland nicht voll angerechnet würden. Es wurde deshalb beschlossen, aus Mitteln des Lemmer-Ministeriums Zuschüsse zu zahlen, die den Älteren Personen einen Anreiz zur Flucht bieten. Ihr "höherer Lebensstandard" würde dann jüngere Arbeitskräfte nachziehen.

Die "Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung" vermittelt Arbeitskräfte aus der DDR an westdeutsche Betriebe. Die "Zentralstelle für Arbeitsvermittlung" in Frankfurt/M. versucht Bürger der DDR durch Übersenden von Stellenangeboten westdeutscher Unternehmen abzuwerben. So wurde u.a. der im demokratischen Sektor von Berlin wohnhaften eine Arbeitsstelle als physikalisch-techn. Assistentin bei der Firma angeboten.

In einigen Fällen wurden Wissenschaftlern und Fachexperten der DDR bei Touristen- und Dienstreisen im kapitalistischen Ausland auch von Angestellten der westdeutschen Botschaften Abwerbeverschlüsse unterbreitet.

In Kairo z.B. hat der zwei Wissenschaftler der DDR, die sich als Touristen dort aufhielten